

Erinnern heißt verändern!

#saytheirnames



FERHAT UNUR



SAID NESAR HASHEMI



HAMAZA KURTUVIC



VILI VOREL PAUN



MERCEDES KIERACZ



KALORAN VELKOV



FATIH SARACOGLU



SEDAT GURBUZ



GOKHAN GULTEKIN

März 2021





KTS-Bürokratie

Jeden Montag um 20 Uhr Plenum.

Veranstaltungsplenum jeden ersten und dritten Montag im Monat.

Programm und Koraktorbeiträge bitte spätestens bis zum 15.

des Vormonats per Formular: www.kts-freiburg.org/formular

KTS, Baslerstraße 103, 79100 Freiburg, 0761/4002096

<https://kts-freiburg.org>

Bei politischen Angelegenheiten bitte die Gruppen kontaktieren

Infoladen in der KTS



*"Hier werden linksextremistische Informationen in Form von Zeitschriften, Broschüren, Flugblättern, Büchern, Videos sowie Ton- und Datenträger archiviert, diskutiert und verbreitet."** [Verfassungsschutz NRW über Infoläden]

Geöffnet auf Nachfragen per Mail!

*Ebenfalls gibt es Bücherverleih, eine kleine Auswahl von Buttons & Patches und immer Espresso gegen Spende.

Die OpenPGP-Fingerprints der Gruppen in der KTS:

Name-E-Mail-Adresse
Fingerprint

Autonome Demosanis Freiburg - a-demosanis-fr[at]riseup.net
0A8A A1B9 FC00 2B86 0F06 DC36 9E51 C17B 0ACE 1241

Autonome Antifa Freiburg - freiburg[at]autonome-antifa.org
2054 9447 8543 18A0 B3F4 7B3B A291 68F4 2AFF 0098

EkiB Freiburg - ekib[at]immerda.ch
6495 53FF EC64 7320 F534 FFDF 149E C711 751A 9FC5

Ermittlungsausschuss Freiburg - eafreiburg[at]linksunten.ch
0008 4410 F14F 7788 0411 6B0C D553 8D4E C7D3 0A53

Infoladen KTS - infoladen[at]kts-freiburg.org
46F9 6C50 BF0B C978 D099 12EB E631 A373 6C59 7ACC

Koraktor - koraktor[at]kts-freiburg.org
9057 C337 B8CE A9A5 33BF F537 8295 0B46 E87B 9BDD

VoKüfA - vokuefa[at]lists.immerda.ch
9950 0370 09B1 573D 88D0 8DB5 7D52 25DB AD74 E216

Webmaster KTS - webmaster[at]kts-freiburg.org
3023 FA54 9920 77C7 3D64 AB6F 1FE3 34FE BFFC 5514

Schlüssel unter zimmermann.mayfirst.org, Praxis unter kts-freiburg.org/pgp

Gefangenenschreiben

Getroffen werden einige – Gemeint sind wir alle!

Es gibt kaum noch aktive linke Menschen, Gruppen oder Organisationen, die sich im Laufe der Zeit nicht durch staatliche Repression in ihrer politischen Tätigkeit verfolgt oder behindert sahen. Dabei ist es relativ egal, bei welchen Bewegungen die Personen aktiv sind. Von Antifaschistischen Bewegungen bis hin zu Umweltbewegungen wird mensch früher oder später mit staatlicher Repression konfrontiert und als letztes Repressionsinstrument droht die Gefängnisstrafe. Genau diejenigen, die hinter Gittern sitzen, dürfen wir in unserem Kampf gegen die herrschenden Verhältnisse nicht vergessen und nicht alleine lassen. Sie sind ein Teil von uns und brauchen unsere Solidarität!

Coronamaßnahmen in Gefängnissen

In Folge der Coronamaßnahmen sind zu den eh schon menschenunwürdigen Verhältnissen in Gefängnissen in den letzten Monate noch viel mehr Einschränkungen in Kraft getreten. In der JVA Freiburg und vielen anderen Gefängnissen sind statt Besuchen nur noch Skype-Telefonate möglich. Vollzugslockerungen, einschließlich bewachter Spaziergänge außerhalb des Gefängnisses, setzen zurzeit ebenfalls aus. Ohne Vollzugslockerungen sind vorzeitige Haftentlassungen stark erschwert, was letztlich bei Vielen eine Haftzeitverlängerung bewirken kann.

Therapiemaßnahmen kommen in Zeiten der Corona-Pandemie ebenfalls zu kurz. Nur im Bereich der Sicherungsverwahrung gibt es die Möglichkeit dazu, zumindest hin und wieder telefonisch mit Gefängnispsycholog*innen und Sozialdiensten in Kontakt zu treten. Therapeutische Einzelgespräche in einem Trennscheibenraum finden nur in einem sehr stark reduzierten Umfang statt.

In einem Text von Thomas Meyer-Falk gibt es noch weitere Informationen zur momentanen Situation in Gefängnissen, insbesondere der JVA Freiburg.

Solidarität muss praktisch werden!

Wir müssen den Gefangenen zeigen, dass wir sie nicht vergessen und nicht alleine lassen! Lasst uns Briefe schreiben, Postkarten, Zeitschriften, Plakate

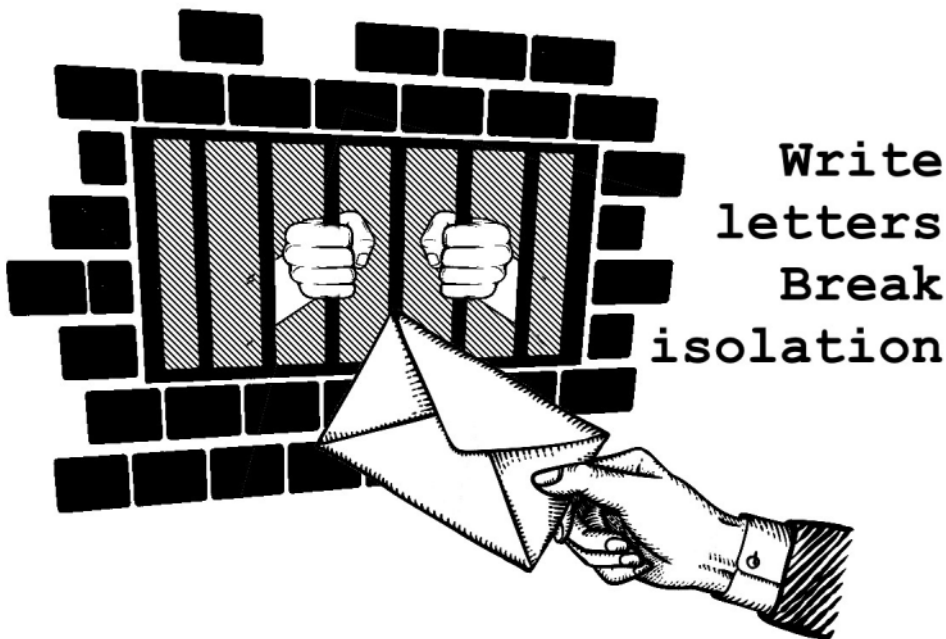
oder Pakete schicken (wenn sie dies wollen), oder gegebenenfalls mit ihnen über Politik und die Welt diskutieren und damit versuchen die Isolation ein Stück weit zu durchbrechen. Hinter Mauern mit Stacheldraht, Wachtürmen und bewaffneten Vollzugsbeamt*innen gibt es kaum menschliche Nähe und Gefühle, sondern Unterordnung und den täglichen Kampf ums Überleben. In dem wir mit Gefangenen in Kontakt gehen, können wir sie ein kleines Stück an unserem Leben teilnehmen lassen und ihnen eine Möglichkeit geben, diese Mauern der Passivität und Kälte zumindest für einen Moment zu überwinden. Lasst uns kleine Lichtblicke ins alltägliche Grau schicken!

Die Gefangenen haben einen stark strukturierten und durchgeplanten Tagesablauf, jeder Brief von draußen ist da eine willkommene Abwechslung, jede Postkarte gibt Hoffnung. Am Anfang ist es etwas ungewohnt, einer fremden Person zu schreiben – der erste Brief stellt meist die größte Hürde da. Dieses Problem müssen die meisten von uns erst einmal überwinden. Dabei stellt mensch sich oft Fragen darüber, ob das geschriebene überhaupt interessant ist, oder ob es die*den Gefangene*n deprimieren könnte über eigene Erlebnisse, Erfahrungen, Aktionen oder das schönen Wetter draußen zu schreiben. Die meisten Gefangenen freuen sich allerdings über jedes geschriebene Wort.

Allgemeine Tipps für Briefe

Viele Gefangene haben nicht viel Geld oder nicht die Möglichkeit an Briefmarken und Briefumschläge zu kommen, weshalb es ratsam ist, pro Brief mindestens eine Briefmarke und einen Briefumschlag dazu zu legen. Einige Vollzugsanstalten begrenzen den Umfang der Briefe auf vier DIN A4-Seiten. Erkundige dich am besten auf der Webseite des jeweiligen Gefängnisses über die individuellen Richtlinien.

Da es öfter vorkommt das Briefe „einfach so verschwinden“, ist es sinnvoll vorbeugend die Briefe fortlaufend zu nummerieren und ein Datum rein zuschreiben. Dies hilft dabei zu erkennen, ob die Ankunft des Briefes verzögert wurde oder einer nicht ankam. Zusätzlich kann mensch auch die einzelnen Seiten des Briefes nummerieren. Schreib



au
ßerdem auf den Briefumschlag, was im Brief ist und den Eigentumsvorbehalt:

Dieser Brief bleibt solange

Eigentum der* Absenderin* bis er dem* Gefangenen

persönlich ausgehändigt wurde. „Zur Habe Nahme“

gilt nicht als persönliche Aushändigung im Sinne

des Vorbehalts. Sollte ein Teil des Briefes nicht ausgehändigt werden,so ist dieser und nur dieser

Teil unter Angabe der Gründe für die Nichtaushändigung an den*die Absender*in zurückzusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

Der erste Brief

Hier sind einige Vorschläge, wie ein erster Brief aussehen könnte. Dabei handelt es sich natürlich nicht um starre Richtlinien. Es sollen einfach ein paar Tipps sein, die hoffentlich einige dazu anregen werden, in Briefkontakt mit Inhaftierten zu treten.

Beim Briefe schreiben solltest du dir die Kommunikation wie bei einer „normalen“ Unterhaltung vorstellen. Im ersten Brief solltest du

dich also am besten erst einmal vorstellen.

Überlege dir was du einer Person, die dich noch nicht kennt, in einem Gespräch über dich erzählen würdest. Du könntest z.B. darüber schreiben was du so machst, was deine Hobbys sind, wie dein Alltag so aussieht und was deine Motivation dahinter ist, dieser Person zu schreiben. Zusätzlich ist es gut zu erwähnen, woher du die Adresse hast und wie du auf Idee gekommen bist einen Brief zu schreiben. Du kannst der Person auch etwas über deine politische Einstellung, Ideen und Kämpfe erzählen. Denke dabei aber daran, dass es wahrscheinlich ist, dass alles vom Knastpersonal oder der Staatsanwaltschaft mitgelesen wird. Außerdem kannst du die Person auch fragen ob sie etwas braucht oder worüber sie schreiben will. Versuche den ersten Brief aber lieber kurz zu halten und dein Gegenüber nicht direkt mit Offenheit und Informationen zu überhäufen. Zusätzlich ist es wichtig, dass du von Anfang an offen darüber bist, wie häufig du der Person schreiben kannst und keine falschen Hoffnungen machst.

Bunte Stifte im Brief zu verwenden, Bilder oder Zeichnungen mit rein zu legen kann auch total schön sein.

Wenn ihr euch besser kennt, könnt ihr natürlich auch anfangen, gemeinsame Projekte zu machen

(z.B. gemeinsam Comics zeichnen, Bücher, Zeitungsartikel oder Broschüren schreiben etc.).

Du willst keine echte Adresse/Namen angeben?
Auf den Briefumschlag solltest du immer eine Adresse und den Namen der*des Absender*in drauf schreiben, da Briefe ohne Absender*in oftmals nicht ins Gefängnis durchgelassen werden.
Wenn du deine eigene Adresse und deinen Namen nicht angeben willst, kannst du z.B. die Adresse des Briefe-an-Gefangene-Schreiben in der KTS nutzen.
Dazu musst du dir einen Pseudonym überlegen und ihn als Absender*in schreiben:

dein pseudonym
c/o Infoladen
KTS Baslerstr. 103
79100 Freiburg
Danach schickst du eine E-Mail (am besten verschlüsselt) mit deinem Pseudonym und deinem Kontakt an die E-Mail: `briefeschreibenfreiburg[at]riseup[punkt]net`
PGP-Fingerprint: 71C9 EF7A D7F5 2B15 1F49 E792 3EFA DFFE C9D1 8921
Wenn du dann einen Brief erhältst wird dir Bescheid gegeben.

Wem schreibe ich denn jetzt?
Im Prinzip kannst du allen die im Knast sitzen schreiben. Adressen und Informationen über

Menschen kannst du im Internet finden. Oftmals haben auch Infoläden eine Adressensammlung.
In dieser PDF gibt es viele Adressen und gleichzeitig kurze Beschreibungen zu den Gefangenen. Auf dieser Website findet ihr ABC Gruppen aus der ganzen Welt.

- Kurze Zusammenfassung
1. Werde dir klar darüber, wie häufig du schreiben kannst und wem du schreiben magst.
 2. Überprüfe die Adresse und schau auf der Website des Knastes, was es für Beschränkungen gibt.
 3. Schreibe einen ersten Brief zum Kennenlernen, schreibe einfach worüber du reden möchtest. Schreibe auch in den Brief wie oft du schreiben kannst. Vergiss nicht den Brief zu nummerieren.
 4. Packe in den Brief und paar Briefmarken (hier solltest du dich über die erlaubte Anzahl auf der Website des Knastes informieren) und einen Umschlag und schreibe eine Adresse drauf.
 5. Auf den Briefumschlag solltest du den Eigentumsvorbehalt schreiben.
 6. Es bleibt nur noch den Brief abzuschicken und darauf zu warten, dass du eine Antwort bekommst und dann wieder zurück zuschreiben.

**REISSEN WIR DIE MAUERN EIN,
DIE UNS TRENNEN!**
[Antifaschistische Jugend Freiburg]

SALIH KARAASLAN
JVA Schwäbisch Hall
Kolpingstr. 1
74523 Schwäbisch Hall

ÖZKAN TA
JVA Mannheim
Herzogenriedstr. 111
68169 Mannheim

ANDREAS KREBS
Sez. 4 Stz.5
Sez. Mediterraneo
(CASA CIRCONDARIALE SECONDIGLIANO)
Via Roma Verso Scampia, 250
Cap 80144 Napoli (NA)
Italy

AGIT KULU
JVA Ravensburg
Hinzistobel 34
88212 Ravensburg

VEYSEL SATILMI 04279 Leipzig

JVA Stuttgart
Asperger Str. 60
70439 Stuttgart

THOMAS MEYER FALK
JVA (SV-Abtlg.)
Hermann-Herder-Str. 8
79104 Freiburg

KEVIN J. (die vom Kreuz Leipzig)
Buch-Nr. 9/20/7
JVA Leipzig
Leinestr. 111
04279 Leipzig

DY
JVA Stammheim, letter via:
Rote Hilfe Stuttgart
c/o Infoladen
Böblingerstr. 105
70199 Stuttgart
Stichwort: Dy



Konzert



Party/Kneipe



Information



Film/Theater



Vokü



Demo/Aktion

#09

Dienstag

18:00 Uhr



**[ONLINE] READING CIRCLE OF THE
INFOSHOP/ LESEKREIS ZUR
KRITISCHEN ANEIGNUNG (LKA)**

about/über -Black anarchism- by/von
Ashanti Omowali Alston

Deutsch version unten---

The Reading Circle of the Infoshop in KTS is meeting again online. This time we will talk about

the text -Towards a Vibrant & Broad African-Based Anarchism- by Ashanti Omowali Alston. In this text Alston talks about the history of the anarchist movement in Africa.

The text is in English this time, the discussion can be in English or German, how the people joining feel more comfortable with.

If you would like to join you can find the text here:

<https://theanarchistlibrary.org/library/ashanti-alston-towards-a-vibrant-broad-african-based-anarchism>

and you can send us a mail (infoladen[at]kts-freiburg.org) so we can send you the link for the online room!

Der Lesekreis des Infoladens in der KTS trifft sich wieder online. Diesmal geht es um den Text -Towards a Vibrant & Broad African-Based Anarchism- von Ashanti Omowali Alston. Alston spricht in dem Text über die Geschichte der anarchistischen Bewegung in Afrika.

Der Text ist diesmal auf Englisch, die Diskussion kann auf Englisch oder Deutsch geführt werden, je nachdem, wie sich die teilnehmenden Personen wohler fühlen.

Wenn ihr mitmachen wollen, finden ihr den Text hier:

<https://theanarchistlibrary.org/library/ashanti-alston-towards-a-vibrant-broad-african-based-anarchism>

und ihr könnt uns eine Mail schicken (infoladen[at]kts-freiburg.org), damit wir euch den Link für den Online-Raum schicken können!

Fingerabdruck-Pflicht in Personalausweisen

Ab dem 2. August 2021 wird es in Deutschland die Fingerabdruck-Pflicht in Personalausweisen geben. Die Umsetzung der EU-Verordnung wurde im November 2020 im Bundestag beschlossen. Dafür, dass dieses absurde Gesetz wirklich in die Tat umgesetzt wird, sind die Stimmen der (wer hätte es gedacht) CDU/CSU und SPD verantwortlich.

Dadurch dass in Deutschland eine Ausweispflicht gilt und auf dem Reisepass bereits Fingerabdrücke gespeichert werden müssen, gibt es ab dem 2. August kein Dokument mehr, mit dem sich

Menschen ohne Fingerabdrücke ausweisen können. Das heißt konkret, dass ab dem 2. August alle* dazu verpflichtet sind, den Abdruck ihres linken und rechten Zeigefingers auf ihrem Personalausweis speichern zu lassen. Bis zum 2. August gibt es noch die letzte Möglichkeit, einen Personalausweis ohne Fingerabdrücke zu beantragen.

**FINGERABDRUCK-PFLICHT
ALS MITTEL GEGEN TERRORISMUS?**

Koraktor

Begründet wurde die Verordnung damit, dass bei einer Pflicht zur Abgabe von Fingerabdrücken Personalausweise fälschungssicherer seien und mensch so besser gegen Terrorismus und grenzüberschreitende Kriminalität vorgehen könne. Und dies obwohl durch technische Verbesserungen die Zahl von gefälschten Dokumenten die letzten Jahre stark zurück gegangen ist. [Siehe PDF S.22] Zusätzlich ist es nicht nachgewiesen, dass die Verordnung zur Verhinderung von Terrorismus beiträgt. Bei den NSU-Morden und dem Terroranschlag von Anis Amri waren die Täter*innen behördlich bekannt. Das Problem der Ermittlungsbehörden waren also nicht die Fehlenden Daten, fehlenden Überwachungs- und Identifizierungsmöglichkeiten. Bei einer anderen Recherche zu diesem Thema wurden weitere Terroranschläge untersucht. Der Anschlag auf das Jüdische Museum in Brüssel (24. Mai 2014), Anschläge auf Charlie Hebdo und einen jüdischen Supermarkt in Paris (7. Januar 2015), der Doppelanschlag auf das Kulturzentrum und die Synagoge in Kopenhagen (14./15. Februar 2015), Anschläge des 13. November 2015 in Paris und Anschläge des 22. März 2016 in Brüssel. Von den 17 Attentäter*innen sind zwei noch unbekannt. Aber alle* 15 identifizierten Attentäter*innen sind behördlich bekannt und auch schon lange polizeibekannt.

UND WIE SIEHT'S MIT DEM DATENSCHUTZ AUS?

Die Behörden verpflichten sich dazu, sicherzustellen, dass Ausweise nicht gehackt werden können und nicht ohne Zustimmung auf die Daten zugegriffen werden kann. Doch wie sie dies technisch umsetzen wollen bleibt offen. Selbst vermeintlich sichere Systeme werden heutzutage immer wieder gehackt, was in Zeiten von immer neuen Datenlecks kein Geheimnis mehr ist.

Datenbanken von Verwaltungen, Polizei, Geheimdiensten und Firmen wachsen ständig.

In Deutschland dürfen Bullen und Geheimdienste seit 2017 automatisch und ohne Protokollierung auf vorhandene biometrische Daten zugreifen. Dass gefordert wird, auch Fingerabdrücke zentral zu speichern, damit die Bullerei zugriff darauf hat, ist nur eine Frage der Zeit.

Es wird auch gesagt, dass bei einer Zusammenarbeit mit einem externen Dienstleistungsanbieter private Unternehmen

Zugriff auf die Daten bekommen können.

Aller spätestens beim Auslesen der Personalausweise in anderen Ländern, in denen Freiheitsrechte weniger geschützt sind, gibt es keine Kontrolle darüber, wer Zugriff auf die biometrischen Daten erhält.

Zusammengefasst werden zukünftig die Daten von Personalausweisen durch den Zugriff von Geheimdiensten, in- und ausländischen Behörden und kommerziellen Dienstleistern außer Kontrolle geraten.

SIND DOCH NUR FINGERABDRÜCKE?

Fingerabdrücke sind ein biometrisches Merkmal, welches einen Menschen ein Leben lang kontrollierbar macht. Menschen können einen Namen und Wohnort wechseln um sich vor Verfolgung oder Bedrohung zu schützen. Fingerabdrücke hingegen nicht. Biometrische Erfassung von Fingerabdrücken ist ein gefährlicher Übergriff des Staats auf die Bevölkerung. Zusätzlich werden Fingerabdrücke schon heute als Schlüssel für Smartphones, Büros, Häuser und Fahrzeuge genutzt. Wenn sie gehackt und gestohlen werden, können wir sie im Gegensatz zu Passwörter nicht ändern.

GESCHICHTE DER AUSWEISE

Die erste Ausweispflicht in Deutschland wurde von den Nazis im Juli 1938 mit der „Kennkarte“ eingeführt. Es gab drei Verordnungen für wen es verpflichtend war, eine Kennkarte bei sich zu führen. Dazu zählten alle wehrpflichtigen Männer, Grenzgänger*innen und Menschen jüdischen Glaubens. In Spanien wurde 1940, während der Franco-Diktatur, die Erfassung von Fingerabdrücken für die nationale Identitätskarte eingeführt und gilt bis heute. In Frankreich nutzte das Vichy-Regime ab 1942 den Eintrag Jude/Jüdin auf Ausweisen für die Deportation von 76.000 Menschen im Holocaust.

Das Konzept der Ausweispflicht wurde von verbrecherischen Regimen eingeführt, an nachfolgende Regierungsformen angepasst und technisch verfeinert. Dies war der Beginn eines überwachungsstaatlichen Modells, welches seither nicht mehr grundsätzlich in Frage gestellt wurde. [Mehr dazu]

AKTIV WERDEN

Bis zum 2. August 2021 hat jede*r noch die

Möglichkeit einen Personalausweis ohne Fingerabdrücke zu beantragen (Denkt daran, dass es bis zu sechs Wochen dauern kann, einen Termin zu bekommen).

Manche Behörden bestehen auf die Abgabe von Fingerabdrücken, obwohl das noch bis zum 2. August freiwillig ist. Mehr Infos darüber findet ihr hier. Da Ausweise maximal 10 Jahre gültig sind, ist es notwendig politisch dagegen vorzugehen. Unsere Kritik und Ablehnung muss lauter werden, um der Regierung Druck zu machen. Es muss gezeigt werden, dass dieses Gesetz nicht einfach so hinnehmbar ist und dass Freiheit nicht für vermeintliche Sicherheit eingeschränkt werden darf!

GESETZESLÜCKE?

Um die Fingerabdrucksabgabe zu umgehen, scheint es eine kleine Gesetzeslücke zu geben:

„Die Mitgliedstaaten stellen einen

Personalausweis mit einer Gültigkeitsdauer von zwölf Monaten oder weniger aus, wenn vorübergehend aus physischen Gründen von keinem der Finger Fingerabdrücke genommen werden können.“ [Siehe Seite 8] Ob es wirklich möglich ist die Fingerabdruck Abgabe damit zu umgehen, können wir jetzt noch nicht sagen, aber ausprobieren schadet nicht.

Von der Regierung wird wieder einmal Angst geschürt um unnötige und unverhältnismäßige Verordnungen durchzuboxen. Genau wie bei neuen Polizeigesetzen etc. wird den Menschen Angst eingeredet, um sie dann mit Repression und Überwachung zu „beruhigen“. Solche Überwachungsmaßnahmen werden oft ausgeweitet, aber nie zurückgenommen.

FREIHEIT STIRBT MIT SICHERHEIT!

[Antifaschistische Jugend Freiburg]



Freiburger Stadtteil Stühlinger: Graffiti als solidairesches Zeichen für den griechischen revolutionären Gefangenen Dimitris Koufontinas, der sich derzeit im Hunger- und Durststreik befindet.

Freiburg: Derzeitiges Geschehen rund um Querdenken-761

Im folgenden Text wird versucht die Lokalen Strukturen ein bisschen genauer unter die Lupe zu nehmen (die Orga, einzelne Akteure, sowie die KFZ-Kennzeichen des letzten Autokorsos)

DIE ORGA

Die Freiburger Querdenken-761-Gruppe gibt es schon seit dem Aufkommen der Coronaleugnungsbewegung, so erschien der erste Beitrag auf der Website querdenken-761.de am 20.06.2020. Im Impressum der Website stehen Ron Freund und sein Anwaltsfreund Daniel Köhler, welche auch Vereinsvorstände des gemeinnützigen Vereins "Mitdenken - Initiative für Recht und Freiheit e.V." sind, welcher als Trägerverein der Freiburger Gruppe dient. Die Anschrift des Vereins ist außerdem übereinstimmend mit der Billiardbar "Shooters" welche **RON FREUND** gehört und in Merzhausen in der Straße **>IM RIED 7A<** liegt. Ebenfalls über die gleiche Vereinsadresse läuft auch die Seite nichtohneuns-freiburg.de, auf welcher die Artikel der Querdenkenseite gespiegelt werden und deren erster Beitrag sich am 17.05.2020 findet. Die konkrete Organisation erfolgt vor allem über die Telegramgruppe "FreiSeinFreiburg".

Ron Freund und Daniel Köhler waren im letzten Jahr bei zahlreichen Demos vor Ort und publizierten auch online Texte. In der letzten Zeit lassen sie sich aber nicht mehr öffentlich blicken und derzeit gibt es einen internen Spendenskandal, da Ron Freund Zugriff auf das Spendenkonto hat, aber nicht ersichtlich ist, wohin das Geld geht, während gleichzeitig Leute aus der Telegram-Gruppe fliegen, welche kritisch nachhaken. Carsten Krebs distanzierte sich dann letzte Woche im Namen der Initiativenbetreuer von allen 7-er Initiativen von Ron Freund und Daniel Köhler und es bleibt abzuwarten wie die internen Zersetzungsprozesse weiter gehen.

EINZELNE AKTEURE

Weiterhin erwähnenswerte Menschen der lokalen Strukturen sind Malte Wendt, Harald Meyer, Ulrich Gläser, Juliane Prentice, Marc Schwär und Robert Hagermann.

Koraktor

MALTE WENDT aus der **>EICHWALDSTRASSE 4<** in St. Peter, sprach im August mit der Badischen Zeitung darüber, warum er bei der Corona-Demo in Berlin dabei war. Auch ist er der Urheber von Impfgegner-Flyern, meldet Demos an und wurde am 30. Oktober bei einem Handshake mit dem AfD-Nazi Mandic gesichtet. Bei der nun kommenden Landtagswahl kandidiert er für den Wahlkreis 46 für die Partei "Wir2020".

HARALD MEYER (aka "Harry der Zeichner") kommt aus Freiburg-Tiengen und verlinkt in seinem Impressum die **>FREIBURGER LANDSTRASSE 29<**. Er zeichnet Karikaturen für diverse Promis und Firmen, aber auch für die Querdenker und meinte in seiner letzten Karikatur, dass alles von der Antifa finanziert ist.

ULRICH GLÄSER ist ein pensionierter Apotheker aus Heitersheim und war in der Vergangenheit fester Teil des Orgatems und vielfacher Redner. Er wohnt in der **>JOHANNITERSTRASSE 39<** und tritt bei der nun kommenden Landtagswahl ebenfalls für die Partei "Wir2020" im Wahlkreis 48 an.

JULIANE PRENTICE hat in der Vergangenheit ebenfalls viele Demos angemeldet und trat auch vielfach als Rednerin auf. Am 26.01.2021 besprühte sie ein Auto, welches den Corso blockierte, mit Sprühfarbe. Sie ist Jahrgang 1969 und Heilpraktikerin in Badenweiler, wo im **>ANNETTE-KOLB-WEG 1<** ihre "Werkstatt.Leben" ist.

MARC SCHWÄR hat das Kennzeichen "FR-MS 782" und verdient sein Geld mit den Freiburger Firma "Omnino Aqua" in der **>HABSBURGER STRASSE 11<**, sowie der "Schwär Consulting", welche Chips produzieren, die vor Handystrahlen schützen und ihren Sitz in der **>KEHLER STRASSE 26<** hat. Bei Querdenken mischt auch er schon länger mit. Immer wieder meldet er Demos an, auch bedrängte er zusammen mit Robert Hagermann JournalistInnen und war ebenfalls bei der Corona-Demo in Berlin beteiligt.

ROBERT HAGERMANN kandidierte 2019 auf Listenplatz 19 für die AfD bei der Freiburger Gemeinderatswahl. Er wohnt in der **>LANGEMARCKSTRASSE 86A<** in Freiburg und ist dafür bekannt konfrontativ zu sein, sei es sein gemeinsamer Angriff mit Mandic auf zwei RadfahrerInnen im Mai 2019, wo sie mit einer großen Zange und Pfefferspray auf Leute losgingen, oder das konfrontative stören linker Demos, sowie antifaschistischen Gegenprotestes bei Querdenken-Veranstaltungen, wo er ein gern gesehener Gast ist. In seinem Prozess wegen gefährlicher Körperverletzung wollte er sich außerdem von der Nazi-Szene-Anwältin Nicole Schneiders verteidigen lassen, welche u.a. im Münchner NSU-Prozess Ralf Wohlleben verteidigte.

RECHTE UMTRIEBE

Wie bei allen Corona-Leugnungs-Gruppen gibt es auch in Freiburg unzählige rechte Umtriebe. So ist u.a. seit Anfang an Robert Hagermann immer da und erdreistet sich mit vielen anderen "Antifa gleich SA" zu rufen, während den Holocaust relativierende Schilder wie "Impfen macht frei" geduldet werden und auch Ayesha Geiger ist immer wieder anzutreffen. Auch finden hier sämtliche menschenverachtenden Verschwörungstheorien ihren Anklang, sei es Q-Anon, oder zahlreiche antisemitische Vergleiche, während der Corona-Virus ununterbrochen heruntergespielt wird, dass alle GegendemonstrantInnen Demogeld bekommen. So treffen sich dann im beschaulichen Freiburg die Esos mit den Nazis.

Auch beteiligen sich zahlreiche Leute aus Freiburg an Großdemos in anderen Orten, wie Berlin, Konstanz, oder Leipzig. Nach ihrem Leipzigbesuch schrieben sie auch einen Demobericht mit vielen Fotos, ohne in irgendeinen Satz darauf einzugehen, dass auch hunderte von Nazis dabei mitmischten, als GegendemonstrantInnen und JournalistInnen angegriffen wurden. Am 19.12.2020 lief dann sogar Querdenkenorganisator Michael Ballweg trotz Demoverbot mit rund hundert CoronaleugnerInnen und Nazis durch die Stadt.

Dabei kam es zur Jagd auf GegendemonstrantInnen und JournalistInnen und es konnten acht Übergriffe dokumentiert werden.

AUTOKORSOS

Nachdem mit stationären Kundgebeten aufgrund des Lockdown jedoch nicht mehr so viele Menschen erreicht werden können, probieren sich die Querdenker einer neuen Aktionsform namens Autokorso. Dabei sammeln sie sich meistens am Möslestadium, von wo aus sie dann mit viel Geheupe und lauter Musik mit Warnblinklicht durch die Stadt fahren. So können sie weite Strecken zurücklegen und machen es kontinuierlichen Gegenprotest schwerer als sonst. Nachdem es anfangs nicht so viele Autos waren, waren sie am 02.02.2021 schon 100 Autos und am 09.02.2021 sogar 130, was das hohe Mobilisierungspotential der CoronaleugnerInnen zeigt.



Doch auch der Gegenprotest versucht sich neuer Techniken und konnte es am 09.02.2021 mit rund 60 RadfahrerInnen schaffen die Strecke immer wieder zu blockieren, so dass der Autokorso nur langsam voran kam. Am 02.02.2021 zeigten sich außerdem ein paar Mülltonnen solidarisch und blockierten ebenfalls die Straße.

Aber auch bei ihrem Autokorso fallen die Querdenker immer wieder mit ihrer Gewaltbereitschaft auf, so wurden GegendemonstrantInnen mit Pfefferspray und einer Stange angegriffen und wiederholt versucht Personen anzufahren.

Anschließend folgen ein Großteil der KFZ-Kennzeichen vom 09.02.2021:

EM-BB-1234 EM-EB-81 EM-GL-20 EM-I-1801
EM-KF-7885 EM-KS-196 EM-KS-530 EM-LA-703
EM-LY-22 EM-MM-1907 EM-QN-167 EM-QQ-20
EM-TN-91 EM-US-35 EM-ZX-87

FR-AK-7194 FR-AZ-717 FR-BM-218 FR-C-5595
FR-CB-2707 FR-CK-200 FR-CW-129 FR-DP-

565 FR-ED-511 FR-EF-888 FR-G-1880 FR-GA-3270 FR-GB-8888 FR-GK-6789 FR-HS-366 FR-HV-399 FR-I-3492 FR-I-5190 FR-J-4369 FR-JK-433 FR-JM-156 FR-JU-457 FR-K-1969-E FR-K-6952 FR-KJ-210 FR-KU-114 FR-L-1201 FR-LB-600 FR-LK-203 FR-MA-2334 FR-ME-707 FR-MP-223 FR-N-8913 FR-NX-777 FR-O-2412 FR-OI-133 FR-PJ-33 FR-PL-223 FR-Q-2320 FR-R-3694 FR-RS-430 FR-SK-264 FR-T-5004 FR-UL-122 FR-UN-261 FR-WI-116 FR-WI-470 FR-X-10714 FR-XL-976 FR-YD-343 FR-YK-329 FR-YM-835 FR-YO-249 FR-YT-646

HH-DG-1780 KN-ML-382 LÖ-BT-586 LÖ-HW-1974 LÖ-J-970 LÖ-YC-23 RW-DW-888 Tü-CT-915 WT-AS-795

AUSBLICK

So wie es aussieht werden wir es leider noch eine Weile mit Corona und damit auch mit CoronaleugnerInnen zu tun haben. Es ist wichtig den Virus ernst zu nehmen, genauso wie es auch wichtig ist kritisch gegenüber dem Staat zu sein, der

auch in Zeiten von Corona nicht vor Gesetzesverschärfungen, Abschiebungen und Skandalurteilen, wie dem von Nürnberg, zurückschreckt. Ernst nehmen sollten wir aber auch all die Querdenker, die sich Woche um Woche mit stadtbekannten AfD-Nazis zusammen versammeln und dabei auf wenig Widerstand stoßen.

Zeigen wir ihnen, was wir von ihren kruden Theorien und ihrer stumpfen Hetze halten!

Eso-Nazis aus der Deckung holen, egal ob am nächsten Dienstag wieder auf der Straße, oder auch mal vor ihrer eigenen Haustür, denn das Private ist politisch!

THE NIGHT BELONG TO US!

PS: Wenn ihr mehr Hintergrundinfos habt, dann schreibt diese doch gerne in die Kommentare, oder publiziert eine eigenen Artikel.

[<https://de.indymedia.org/node/140461>]

Rund 1500 Menschen gedenken in Freiburg den Ermordeten von Hanau

Rund 1500 Menschen nahmen am Freitagnachmittag in Freiburg an der Gedenkundgebung anlässlich des 1. Jahrestags des rassistischen Mordanschlags in Hanau teil. Unter dem Motto "Erinnerung, Gerechtigkeit, Aufklärung, Konsequenzen!" wurde an die von einem Nazi Ermordeten Ferhat Unvar, Hamza Kurtovi, Said Nesar Hashemi, Vili Viorel P un, Mercedes Kierpacz, Kaloyan Velkov, Fatih Saraço lu, Sedat Gürbüzü und Gökhan Gültekin erinnert.

Anschließend zog eine etwas verkleinerte Fahrraddemo mit mehreren 100 Menschen zur Landeserstaufnahmestelle in der Lörracher Straße, wo die Grundrechtsverletzung gegen Geflüchtete bereits in der Hausordnung festgelegt ist und in den Stühlinger, um dort an der Escholzstraße an den rassistischen Angriff mit Polizeihund auf einen Nigerianer im Jahr 2007 zu erinnern und am Stühlinger Kirchplatz das ständige racial profiling durch die Freiburger Polizei zu kritisieren. (FK)

[rdl.de]



Einstellung in einem Corona-Bußgeldverfahren im Zusammenhang mit der Walpurgisnacht 2020

In einem Verfahren gegen eine politische Aktivistin wegen eines angeblichen Verstoßes gegen die Corona-Verordnung kam es in der mündlichen Verhandlung am Amtsgericht Freiburg zu einer Einstellung des Verfahrens. Ausgangspunkt für die ergriffenen Maßnahmen der Polizei war der Vorwurf der Sachbeschädigung im Laufe der Walpurgisnacht 2020 (30. April auf 1. Mai) durch Bemalen von Straße und Hauswand mit Kreide. Weil man bei der gegen 22.30 Uhr vorgenommenen ID-Kontrolle und körperlicher Durchsuchung der vier angetroffenen Frauen* keine Kreide etc. aufgefunden hat, wurde auf den Vorwurf eines Verstoßes gegen die Corona-Verordnung umgestellt: Die Frauen* stammten aus zwei Haushalten. Zugelassen in der Öffentlichkeit ist der gemeinsame Aufenthalt von nur zwei Personen aus zwei verschiedenen Haushalten. Hier für war für jede der vier Frauen* ein hohes Bußgeld von € 500,- verhängt worden. Die Aktivistin legte dagegen Widerspruch ein.

Am 26. Januar fand nun das erste Verfahren gegen eine der Frauen* am Amtsgericht Freiburg statt. Der Anwalt Udo Kauss übernahm die Verteidigung in dem Fall. Für ihn war klar, dass die Versammlungsfreiheit in diesem Fall höher zu bewerten war als die Corona-Verordnung und dass politische Demonstrationen und Versammlungen in der Öffentlichkeit nicht pauschal in Hinweis auf die Corona-Verordnung unterbunden werden dürfen. Zudem hatten die Kontrollierten entgegen den Vorwürfen durchaus Rücksicht auf die Verordnungen genommen.

Feministische Gruppen hatten zu Aktionen in der Walpurgisnacht aufgerufen. Die vier Kontrollierten wollten am Abend schauen, ob trotz der Corona-Verordnungen irgendwelche politische Aktivität im Grün stattfinden würden. Dazu machten sie sich auf den Weg in die Stadt und teilten sich dazu in Zweiergruppen auf. Sie nahmen damit Rücksicht auf die damals aktuelle Corona-Verordnung nach der man in der Öffentlichkeit nur mit einer weiteren Person aus einem anderen Haushalt unterwegs sein durfte. Im Grün stellten sie dann

fest, dass dort von der Polizei massiv kontrolliert wurde und sie machten sich deshalb direkt wieder auf den Heimweg. Dort wurden sie dann von einem Polizeikastenwagen angehalten und von mehreren Polizeibeamt*innen umstellt und körperlich durchsucht.

Die beiden als Zeugen gehörten Polizisten widersprachen dieser Darstellung kaum. Sie waren von Zivilbeamt*innen benachrichtigt worden, die die Gruppe angeblich schon länger beobachtet hätten. Da sie die nächsten Beamten waren, hätten sie die Kontrolle dann durchgeführt. Dabei will einer der beiden Beamten noch vom Wagen aus gesehen haben, dass die Abstandsregeln bei der Gruppe nicht eingehalten worden seien. Auf Nachfrage der Verteidigung gab der Beamte zu, hinten im Wagen gesessen zu haben. Die Verteidigung bezweifelte diese Erinnerung, da es um 23 Uhr schon dunkel war und der Blick von den hinteren Plätzen in so einem Einsatzwagen (Sprinter) nach draußen denkbar schlecht sei. Die Beamten gaben an, dass sie den Auftrag hatten, Demonstrationen im Grün zu verhindern.

Die Richterin bot schließlich eine Einstellung des Verfahrens an, wobei die Betroffene immer noch die eigenen Auslagen (also die Kosten der Verteidigung) übernehmen sollte. Diese Einstellung war letztendlich für die Betroffene nicht zu akzeptieren, da die Kosten der Verteidigung ungefähr den Kosten des Bußgeldes entsprechen. Auch die Verteidigung lehnte die Einstellung aus diesem Grund ab, da es aus Sicht von Rechtsanwalt Udo Kauss auch gewichtige rechtliche Gründe für einen Freispruch gab. Zunächst einmal sei in der Verhandlung nicht geklärt worden, inwiefern die Vier überhaupt als Gruppe unterwegs gewesen seien. Weiter seien die Vier nicht irgendeine Ansammlung gewesen, sondern waren eine politische Versammlung im Sinne des Grundgesetzes. Der Artikel der Versammlungsfreiheit sei in der damals geltenden Corona-Verordnung nicht berücksichtigt worden. Das ist erst in den neueren Fassung der Corona-Verordnung geschehen. Heute sei es allgemeine

Auffassung, dass durch die Corona-Verordnung kein pauschales Versammlungsverbot ausgesprochen werden kann. Um diese Rechtsmeinung zu untermauern, wurden der RichterIn diverse Entscheidungen anderer Gerichte vorgelegt.

Die RichterIn folgte nicht dem Antrag der Verteidigung, die Betroffene freizusprechen. Sie stellte aber das Verfahren ein und legte die Kosten des Gerichtsverfahrens der Staatskasse auf. Die Betroffene hätte die Kosten ihrer Verteidigung aber selbst zu tragen. Ihrer Meinung könne nach der Corona-Verordnung in Fällen wie diesen ein Bußgeld verhängt werden. Nur sei hier nicht endgültig bewiesen, ob der Vorwurf tatsächlich zutrifft. Dazu hätten aber der Sachverhalt weiter aufgeklärt werden weitere Zeug*innen gehört werden müssen, und das wäre bei dem geringen

Bußgeld unökonomisch. Ihrer Auffassung nach war durch die Aussage des Polizeibeamten, der die Gruppe angeblich nah beieinander gesehen haben will, genug Anfangsverdacht gegeben.

In diesem Verfahren zeigt sich einmal mehr, wie findig Gerichte und Polizei sind, wenn es darum geht, linke politische Aktivist*innen zu sanktionieren. Weil sich in diesem Fall keine Beweise für eine Sachbeschädigung finden ließen, werden eben Bußgelder wegen angeblichen Corona-Verstößen verteilt. Die Corona-Verordnung wird so zu einem weiteren Instrument im Baukasten der Repression. Dennoch zeigt sich auch, dass Einsprüche gegen diese Bußgelder durchaus erfolgreich sein können. Das Bußgeld muss letztendlich nicht bezahlt werden.

<https://rotehilfefreiburg.noblogs.org/>

BaselNaziFrei Prozessklärung vom 08.02.2021

Der Angeklagte stellt mit seinem Plädoyer klar: Antifaschismus war notwendig, ist notwendig und wird immer notwendig sein.

Das dreiköpfige Gericht ging sogar noch einen Schritt weiter als die Staatsanwaltschaft und verurteilte ihn zu 7 Monaten Freiheitsentzug auf 3 Jahre Bewährung.

Zeigen wir uns weiterhin solidarisch mit allen Angeklagten der BNF-Prozesse und darüber hinaus!

Ferhat Ünvar, Gökhan Gültekin, Hamza Kurtovi , Mercedes Kierpacz, Sedat Gürbüz, Kalojan Welkow, Fatih Saraço lu, Said Nesar Hashemi, Vili Viorel P un. Ermordet in Hanau vor fast einem Jahr (19.02.2020) von einem Neonazi [1].

Jana Lange, Kevin Schwarze. Ermordet in Halle einige Monate vor Hanau (09.10.2020), von einem Neonazi, welcher einen Massenmord an Juden und Jüdinnen verüben wollte [2].

Verlesen könnte ich auch die Namen der 51 Menschen, die im Frühling 2019 in zwei Moscheen in Neuseeland von einem Neonazi hingerichtet wurden[3].

Oder die der 77 jungen Linken, die 2011 in Norwegen von einem Neonazi ermordet wurden [4].

Oder die der 9 Migranten, umgebracht vom NSU

[5].

Ich könnte diese Liste leider wohl fast endlos weiterführen. Mehr als 6 Millionen Jüdinnen* hat das Dritte Reich unter Hitler durch die Shoah ermordet. Auf diese Zeit beziehen sich Neonazis, sie schwingen heute Reichsfahnen, verehren den Führer und singen an Fussballspielen das Zug-Lied, die Verhöhnung der Deportation von Menschen in Konzentrationslager.

**ALLES WEIT WEG? HEILE WELT HIER?
WEIL ES HIER KEINE ATTENTATE GIBT?
BULLSHIT!**

Hiesige Neonazis supporten tatkräftig ihre Kameraden im Ausland. Längst sind Neofaschistinnen* nicht mehr gegenseitig verfeindet, die Ideologien des grossen Austauschs und des Ethnopluralismus haben einen gemeinsamen «Feind» heraufbeschworen. So sind mittlerweile riesige Netzwerke, über ganz Europa und bis in die USA und nach Australien, entstanden. Die personellen Überschneidungen der Neonaziszene mit identitärer Bewegung, rechten Parteien, heimatreuen Vereinen, privaten Sicherheitsdiensten und der Polizei bietet den Rechtsradikalen Zugang in die Zivilbevölkerung – wo sie eifrig Propaganda betreiben und trotz verfassungswidrigem Gedankengut ohne Repression gewähren können.

EIN PAAR BEISPIELE AUS DER SCHWEIZ:

Im Oktober 2016 fand in Unterwasser ein Rechtsrockkonzert mit über 5'000 Neonazis und Sympathisantinnen* statt. Aus Recherchen geht hervor, dass diese Veranstaltungen wichtige Momente der Vernetzung für Rechtsradikale sind, zudem wird ihm Rahmen dieser Events durch Spendensammlung die Finanzierung einschlägiger Netzwerke wie Blood&Honour oder Combat18 vorangetrieben [6].

Die Waffe der NSU-Morde kam aus der Schweiz [7]. Vor zwei Monaten las man in der Zeitung, dass Bürgerkriegswaffen aus dem Balkan zu deutschen Neonazis geschmuggelt wurden, wohl auch mit Hilfe einer Schweizer Firma [8].

Schweizer Neonazis kämpfen in bewaffneten Konflikten in der Ukraine [9].

Die Beziehungen zwischen Rechtsextremen in der Schweiz und militanten Neonazigruppierungen europaweit sind bestens, was immer wieder von Antifa-Gruppen rechechiert und aufgezeigt wird [10].

Russische Neonazi-Klamotten werden von Berner Matratzenhändlern und seinen braunen Freunden vertrieben [11].

Der Sitz von Uniter, ein Netzwerk, welches in Deutschland Todeslisten führt und Lager mit Munition anlegt, befindet sich in der Schweiz [12].

Vor nur gerade knapp drei Wochen wurden in der Region Zürich mehrere Neonazis festgenommen und Waffen beschlagnahmt. Weder Luftgewehre noch Schreckschusspistolen sondern Kalaschnikow und Karabiner mit Munition [13].

Blood & Honour Mitglieder, russische Neonazis oder Waffenhändler lernt man nicht einfach so mal schnell kennen. Man ruft nicht kurz an und verabredet sich zu Fruchtetee und Bananenbrot. Um mit solchen Leuten in Kontakt zu kommen, muss man ideologisch gefestigt und bestens organisiert sein. Man muss die richtigen Leute an den richtigen Orten treffen und seine Treue über mehrere Jahre beweisen.

Diese Verbindungen existieren und gleichzeitig kann ich hier nur die Spitze des Eisberges aufzeigen. Was aber klar ist: Neonazis sind bewaffnet und bewaffnen sich weiter, Neonazis sind bestens organisiert und das über ganz Europa und darüber hinaus, Neonazis drohen, verüben Gewalt und morden, Neonazis haben eine klare Ideologie, deren Ziel es ist, die Gesellschaft von ihnen nicht lebenswürdig erscheinenden Menschen zu säubern und einen faschistischen Staat aufzubauen – daraus machen sie keinen Hehl.

An besagtem November Tag in Basel marschierten im Rahmen der PNOS Veranstaltung unter anderen die Kameradschaft Heimattreu und Résistance Helvétique mit, beide mit besten Beziehungen zu anderen Neonazigruppen [14]. Also genau diese Menschen, von denen ich gesprochen habe.

Die Partei national orientierter Schweizer kurz PNOS fungiert als politische Institution wie eine Brücke zwischen dem ausserparlamentarischen Rechtsaussen und der traditionalistisch-bürgerlichen Mitte im Parlament wie der SVP. Die Partei ist ein Sammelbecken für rechte Ideologinnen* aller Couleur – ob Antisemitinnen* und Verschwörungstheoretikerinnen*, Holocaustleugnerinnen*, homophobe Sexisten, Identitäre Neurechte, altmodische Schweiz-Patriotinnen*, islamophobe Rassistinnen* und so weiter. Sie nützen politische Kampagnen für Wahlen oder Initiativeeinreichungen, um über Werbung und Öffentlichkeitsauftritte den Diskurs weiter nach rechts zu verschieben. Andererseits verfügen sie über Infrastruktur, die Vernetzung der rechten Szene ermöglicht – so finden beispielsweise Vorträge, Festivitäten oder Parteitage in ihren Räumlichkeiten statt oder werden über Parteigelder finanziert.

Wenn man nur kurz einen Blick in das PNOS Parteiprogramm wirft fliegen einem die reaktionäten Forderungen nur so um die Ohren:

Adoptionsverbot für Homosexuelle
rechtliche Nichtanerkennung homosexueller Partnerschaften
Ablehnung der Gleichstellung der Geschlechter
Verbot von Abtreibungen

Sonderklassen für Fremdsprachige
Importverbot für Schächtfleisch
Einbürgerungen an der Urne
härteres Vorgehen gegen Papierlose

Verschärfung des Strafvollzugs mit
Wiedereinführung der Todesstrafe

Arbeit der Sträflinge für das Gemeinwohl,
Strafvollzug der Ausländer in ihrer Heimat.

Die PNOS betont dabei explizit, dass ihr Programm nicht nur gelesen, sondern verinnerlicht und gelebt werden soll, ansonsten sei es wertlos und könne seine "heilende Wirkung nicht entfalten." Was dieses "Ausleben" in Bezug auf vorhin zitierte Ausschnitte des Parteiprogramms bedeutet, können sich ja alle selber ausmalen [18].

Gefährlich ist die PNOS vor allem auch deshalb, weil sie in ihrer politischen Agenda Forderungen formuliert, die sich mit denen der bürgerlicher Parteien überschneiden wie zum Beispiel Einwanderungsstopp, Ausschaffungen, klassisches Familienbild, Ausbau der Überwachung, Verhärtung des Strafrechts und so fort. Andererseits bezieht die Partei aber klar Position, worauf die Forderungen dieser faschistischen Elemente hinauslaufen sollen: auf einen nationalistisch-autoritären Staat mit weispatriarchischer Vorherrschaft in allen Bereichen – privat wie öffentlich. Der Anspruch, dass von dieser Norm Abweichendes beherrscht oder eliminiert werden muss, lässt keine demokratische Interpretation ihrer vermeintlichen «Utopie» zu. Obwohl dies verfassungswidrig ist und Verbote der Partei bereits zur Diskussion standen, wird der PNOS immer wieder Platz in der politischen Öffentlichkeit zugesprochen, um ihre menschenfeindlichen Ideen zu verbreiten. Das ist aber kein Zufall.

Es ist auch kein Zufall, dass Rechte, Neonazis und Rassistinnen* in der Schweiz durch die Polizei geschützt ihre Meinung kundtun können. Auch nicht, dass antifaschistische Gegenproteste von Justiz illegalisiert und kriminalisiert werden, auch nicht, dass bürgerliche Medien kaum darüber Bericht erstatten.

Denn der Schweizer Staat baut auf unterdrückerischen Ideen wie Rassismus auf. Die Konstruktion von Rasse geht weit in die Geschichte

zurück, sie hat Kolonialismus, Sklaverei und Apartheid möglich gemacht sowie den Tod von Millionen von Menschen durch Genozid, Vertreibung, Krieg und Hunger produziert – und tut das weiterhin. Rassismus tritt sehr häufig als Nationalismus auf, bezieht sich aber weiterhin auf Hautfarbe und Kultur.

Die Schweiz profitiert wirtschaftlich sehr von ihrem Standort in Europa und der Ausbeutung des globalen Südes sowie diskriminierter Menschen. Rassismus ist eine Ideologie, welche Vorurteile auf das Merkmal der Hautfarbe und/oder Herkunft einschreibt. Sie hat die Funktion, Ungleichheiten zu legitimieren und produziert ein Denken und Handeln, das der Aufrechterhaltung von Machtstrukturen dient. Machtstrukturen sind aber nicht nur soziale Konstrukte, sondern sie äussern sich materiell, vor allem als Zugang zu und Eigentum an Kapital. So profitieren am Ende eigentlich besitzende Menschen von Rassismus, repräsentiert von den bürgerlichen Parteien und ideologisch mitgetragen einer breiten bürgerlichen Mitte.

WORAUF ICH HINAUSWILL:

Neonazis haben diese menschenfeindlichen Ansichten nicht erfunden, auch nicht Hitler oder Mussolini. Rassismus und Nationalismus sind tief verankert in dieser Gesellschaft und müssen endlich überwunden werden – um die Worthülsen der Verfassung endlich demokratische Realität werden zu lassen! Nur so kann ein Vorgehen gegen Rechtsextreme auch langfristig wirksam sein – weil wir das, wovon sie nur Auswuchs oder ein extremer Arm sind, abschaffen und ihnen damit den Boden nehmen!

Ob die SVP-Werbung am Hauptbahnhof, die KuKluxKlan-Verkleidung an der Fasnacht, Hetze gegen fahrende Menschen, Erstarkung rechtsextremer Jugendgruppierungen oder Angriffe gegen jüdische Einrichtungen: In der Kategorie «Einzelfall» lässt sich allerdings bestens über die rassistische Systematik hinter diesen gesellschaftlichen Phänomenen hinwegsehen [15].

Ich aber möchte und werde nicht wegsehen!

Und wenn Sie wirklich Recht sprechen möchten, so ist es Ihre Pflicht, dies ebenfalls nicht zu tun!

Menschen, die ich liebe, wie zum Beispiel meine Brüder, werden schlechter behandelt, nur weil sie eine andere Hautfarbe haben. Ich kann nicht zuhören, wie Rechtsextreme propagieren, dass die Menschen, mit denen ich arbeite, keine Lebensberechtigung hätten, nur weil sie eine Beeinträchtigung haben. Wie soll ich still sitzen, wenn meine Freundinnen* durch den Traditionalismus der rechten Ideologie zu Hausfrauen und Gebärmaschinen degradiert werden, Morde an ihnen als Familiendramen legitimiert werden? Und weswegen sollen nicht alle Menschen lieben dürfen, wen sie lieben? Homo- und Transphobie sind in der Rechten weit verbreitet und führen zu zahlreichen, auch gewalttätigen, Übergriffen.

Es ist meine Pflicht, als verantwortungsbewusster Mensch, Widerstand zu leisten! Mich denjenigen, welche ihren Hass und ihre Ausgrenzung gegen die schwächsten Glieder der Gesellschaft richten, lautstark in den Weg zu stellen und die Verbreitung ihres Gedankenguts zu verhindern.

Ich kann mich dabei nicht auf die Polizei verlassen – denn die ist selbst rassistisch: strukturell, aber auch einzelne Polizistinnen* selbst [16]. Eindeutig haben sie sich im November 2018 auf die Seite des rechten Mobs gestellt, Gewalt wie gefährliches Gummischrot oder Tränengas gegen friedliche Demonstrantinnen* verwendet, danach Aussagen gegen Antifaschistinnen* getätigt und Befehle unnötiger Repression, wie Haudurchsuchungen und Online-Pranger ausgeführt. Kein einzige*r hat sich öffentlich geweigert oder zu dieser Ungerechtigkeit positioniert, obwohl es natürlich die Möglichkeit der Dienstverweigerung gibt.

Es ist an sich schon genügend fragwürdig, dass Behörden Rechtsextremen einen Platz zusprechen. Dass Staatsanwälte, wie Sie, Herr Cabrera, dann

solche Strafmasse fordern, macht nicht nur mich und meine antifaschistischen Genossinnen* sprachlos, sondern auch die Rechtswissenschaft der Universität Basel, unsere Anwält*innen oder Abgeordnete und Politikerinnen* [17].

Abschliessend kann ich nur Folgendes sagen: Da weder der schweizerische Staat, noch seine Sicherheitsorgane Verantwortung dafür übernehmen, welche Ideen in den Schweizer Strassen propagiert werden, muss es die Zivilbevölkerung tun. Ich – und alle anderen, wir waren zur richtigen Zeit am richtigen Ort, nirgendwo anders hätten wir uns vorletzten November befinden sollen! Wir waren viele, wir waren stark, wir standen zusammen und das wichtigste: wir waren erfolgreich.

Vor 2 Jahren waren wir 2'000, letzten November 4'000. Wir werden immer mehr. Warum? Weil wir solidarisch miteinander – und mit denen, die Rassismus und rechte Gewalt trifft – sind. Wir sind eine Bewegung und wir wachsen. Dem Erstarken der Rechten überall in Europa können wir nur etwas entgegensetzen: unseren steten und aufrechten Antifaschismus. Nichts kann uns brechen, denn die Gedanken, dass eine von Rassismus und rechten Ideologien befreite, solidarische Gesellschaft möglich ist, sind frei.

In diesem Sinne möchte ich noch einmal klar und deutlich dem Ausdruck verleihen, was mich in diesem November auf Basels Strassen und heute hierhergeführt hat:

Antifaschismus war notwendig, ist notwendig und wird immer notwendig sein.
No pasaran!

[<https://barrikade.info/article/4190>]



Rote Hilfe begrüßt Ende der internationalen Fahndung: Erfolgreiche Beschwerde gegen Rote Ausschreibung im k.o.m.i.t.e.e.-Verfahren



Im sogenannten k.o.m.i.t.e.e.-Verfahren gegen drei Genossen aus Deutschland konnte jüngst ein Erfolg verbucht werden: Die "Commission for the Control of Files" (CCF) von Interpol hat der Beschwerde des Rechtsanwalts Benjamin Derin stattgegeben. Damit wurde die Rote Ausschreibung, auch „Red Flag“ genannt, gegen Thomas Walter, einen der Verfolgten, zurückgenommen. Begründung ist das laufende Asyl-Verfahren des Aktivisten in Venezuela. Vorgeworfen werden den drei Genossen die Durchführung eines Brandanschlages gegen das Kreiswehrrersatzamt in Bad Freienwalde 1994 sowie die versuchte Sprengung eines Abschiebeknastes im darauf folgenden Jahr.

Der Haftbefehl des Bundesgerichtshofes ist damit zwar nicht aufgehoben worden, aber die Fahndung außerhalb Europas muss jetzt eingestellt werden. Erst 2020 war Peter Krauth, ein weiterer der betroffenen Genossen, wegen einer solchen Roten Ausschreibung für vier Monate unter unmenschlichen Bedingungen im Interpol-Büro in Caracas gefangen gehalten worden, bis der Oberste Gerichtshof Venezuelas schließlich seine Freilassung anordnete. Dass die Rote Ausschreibung annulliert wurde, ist ein ungewöhnlicher Erfolg. Üblicherweise übernimmt Interpol alle Fahndungen eines Mitgliedstaates ungefragt, wodurch die Roten Ausschreibungen oft zu einem Instrument politischer Verfolgung

werden. Dass ausgerechnet eine von Deutschland veranlasste Fahndung gelöscht wird ist angesichts der Tatsache, dass Interpol aktuell durch einen deutschen Polizeibeamten geführt wird, umso überraschender. Die CCF räumt mit dieser Entscheidung ein, dass die internationale Fahndung gegen die drei Beschuldigten seit Jahren unrechtmäßig war.

Bernhard Heidbreder, der dritte Beschuldigte im k.o.m.i.t.e.e.-Verfahren, hat gegen die Rote Ausschreibung von Interpol nun ebenfalls Beschwerde eingelegt. Die Bearbeitung steht allerdings noch aus. Da es sich um den selben Sachverhalt handelt, wird eine gleichlautende Entscheidung erwartet.

„Wir begrüßen die Aufhebung der Roten Ausschreibung ausdrücklich“, sagt Anja Sommerfeld, Mitglied im Bundesvorstand der Roten Hilfe e.V. „Folgerichtig wäre nun auch die Einstellung der Fahndung seitens der Bundesanwaltschaft, da die ausstehenden Verfahren gegen die Betroffenen nach juristischen Gesichtspunkten längst verjährt sein dürften. Dass die Einstellung bisher nicht erfolgt ist, verdeutlicht nur einmal mehr den unbedingten Verfolgungswillen gegen linkspolitische Aktivist*innen, der mit Entschiedenheit entgegen getreten werden muss.“

[<https://www.rote-hilfe.de/>]

Osterholz Wald: Tag X kommt näher, bereitet euch vor!

Ein Statement von Jeder Baum Zählt aus dem Osterholzer Wald in Wuppertal, BRD. Das Osterholz ist seit dem 15. August 2019 besetzt und nun von Räumung bedroht.

Wer hätte gedacht das wir jetzt immer noch im Osterholz leben würden, als diesen wunderschönen Wald am 15. August 2019 besetzt wurde? Na wir! Der Nervenkrieg nimmt im Moment aber zu, es scheint alsob einige representant:innen der alten Welt noch nicht begriffen haben, das wir es ernst gemeint haben, als wir sagten das wir für diesen Wald kämpfen werden.

Es ist ein Akt der Selbstverteidigung, der notwenig ist, da Firmen wie Oetelshofen eine Bedrohung für alle Lebewesen auf diese(r) Welt sind. Politclowns auf lokale-, Bezirks-, Landes- und Bundesebene, machen für sie den Weg frei. Denn, wir machen uns keine Illusionen das die Bezirksregierung das vorhaben der Firma Oetelshofen stoppen wird. Das werden wir schon selbst tun müssen.

Wir werden alles dafür tun, das Wälder nicht länger für die Profitgier von Firmen wie Oetelshofen weichen müssen. Ihre Brutalität und

Verachtung für Lebewesen schreckt uns nicht ab. Wir kennen es aus dem Hambi, dem Danni und viele andere Orte. Es macht uns nur entschlossener um gegen diese Zerstörungswut vorzugehen. Die Mittel mit denen wir uns selbst verteidigen werden bestimmen wir selbst. Eine Rechtsordnung die zur Gefahr für alle Lebewesen wird, ist nicht unsere. Ihre Spielregeln haben uns die Klimakrise und viele andere Ungerechtigkeiten gebracht, wie z.B. das Massensterben im Mittelmeer.

Die Besichtigung von etwa 18 Polizist:innen am Donnerstag, den 11. Februar, hat uns dann auch nicht beeindruckt. Es hat höchstens gezeigt das TAG X näher kommt, also bereitet euch vor!

DAS SPIELFELD BESTIMMT WIR, DENN DIE KLIMAKRISE IST ÜBERALL!

SOLIDARISCHE GRÜSSE AN ALLE WALDBESETZER:INNEN AUF DIESER WELT!

OSTERHOLZ BLEIBT!

JEDER BAUM ZÄHLT!

[<https://barrikade.info/article/4203>]

Tag X Demo - nach jeder Räumung!

BE PREPARED! Zeit und Ort werden bekanntgegeben!

Staat und Kapital, die die Unterdrückung jeglichen Widerstands und die Durchsetzung ihrer Interessen zum Ziel haben, bedrohen mit Räumungen Orte der radikalen Bewegung. In einem großstädtischen Umfeld, in dem staatliche Morde, allgegenwärtige Polizei, Gentrifizierung, Nazi-Attacken usw. unseren Alltag bestimmen, ist unsere Solidarität notwendiger denn je.

Unsere Antwort muss kollektiv und dynamisch sein. Keine Räumung darf ungesühnt bleiben, niemand wird allein gelassen.

Wir zeigen unsere Solidarität, indem wir die Straßen zurück erobern und unsere politische

Antwort an diejenigen senden, die uns angreifen!

Solidarität ist unsere Waffe!
One Struggle! One Fight!

Solidarität mit Liebig 34, Potse - Drugstore, Meuterei, Syndikat, Rigaer 94, Kopiplatz und Köpi 137!

SOLIDARITÄT HEISST ANGRIFF!

Weitere Infos: interkiezionale.noblogs.org

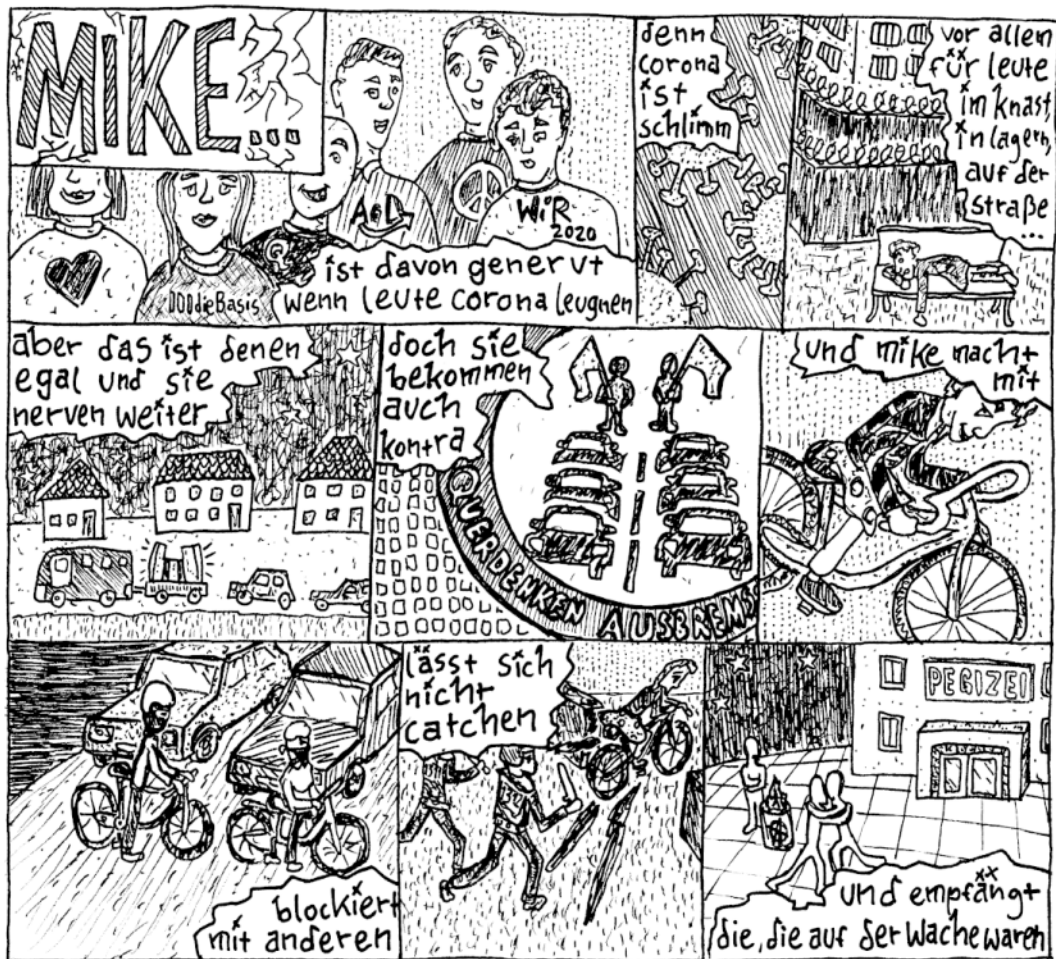
P.S.: Im anhang findet ihr die Mobi-Flyer und Poster!

[<https://de.indymedia.org/node/141925>]

Rigaer 94



VERTEIDIGEN



IMMER DIENSTAGS DEN AUTOKORSO STÖREN

INFOS UNTER:

#QUERDENKEN AUSBREMSEN